



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 569 Postulat Müller Pius und Mit. über die temporäre ergänzende Unterstützung des Gastgewerbes / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 569 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 99 zu 15 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Pius Müller hält an seinem Postulat fest.

Pius Müller: Die Covid-19-Pandemie fordert und beschäftigt uns alle seit über einem Jahr. Die Antworten des Bau-, Wirtschafts- und Umweltdepartementes (BUWD) auf meinen Vorstoss zeigen wenig Fingerspitzengefühl und überraschen mich nicht besonders, hat sich doch die Situation seit der Totalschliessung Ende Dezember 2020 stark verändert. Meine Forderung löst nicht alle Sorgen der Gastronomie, aber sie schafft eine Übergangslösung und ermöglicht es, dass Aussenbereiche in der nächsten Zeit temperaturunabhängig betrieben werden können. Seit dem 19. April 2021 kann die Gastrobranche die Aussenbereiche für Gäste wieder benützen. Doch wer meint, dass damit die schwierige Zeit für die Gastronomie vorbei ist, der täuscht sich und ist sich des Ausmasses der Situation nicht gänzlich bewusst. Mit der Öffnung der Terrassen und mit dem anhaltenden wechselhaften Wetter im Frühling wären temporäre Heizpilze richtig und wichtig, bis Innenräume wieder geöffnet werden können. Für die Gastronomie und ihre Angestellten ist das ein kleiner, aber entscheidender Lichtblick für die Arbeit in naher Zukunft. Seit Beginn der Pandemie war immer wieder zu hören, dass man sich solidarisch verhalten solle und es Zeit sei für ein Zusammenstehen. Jetzt liegt es in der Hand des Regierungsrates, der Gastrobranche durch flexible Lösungen die nötigen Perspektiven zu geben und sie mit einer Übergangslösung in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Bereits heute werden Gäste in Faltzelten in Aussenbereichen bewirtet. Aber aktuell und in den nächsten Wochen werden die schwankenden Aussentemperaturen einige Gäste von einem abendlichen Besuch abhalten. Ich frage mich, warum es Nachbarkantone in letzter Zeit schaffen, die Heizpilze in Aussenbereichen temporär zu bewilligen, währenddem der Luzerner Regierungsrat eine solche Lösung gar nicht in Betracht zieht. Auf Druck des Gastgewerbes und des Parlaments hat die Regierung im Kanton Nidwalden ohne Widerstand schnell und unkompliziert durch eine Notverordnung temporär Heizpilze bewilligt. Der Kanton Zug hat bereits Anfang Dezember 2020 diese Heizpilze bewilligt. Die SVP will keine Wettbewerbsverzerrung unter den Kantonen. Momentan sind Luzerner Gastronomiebetriebe im Vergleich zu den Betrieben einiger Nachbarkantone klar benachteiligt. Vor noch nicht langer Zeit konnte man in den Medien lesen, dass Luzern der KMU-freundlichste Kanton sei. Ein KMU-freundlicher Kanton würde gerade in der aktuellen Situation alles daran setzen, unbürokratische und unkomplizierte Lösungen voranzutreiben. Die Regierung des Kantons Luzern kann in

Eigenregie über die Notverordnung die temporären Heizpilze innert Tagen bewilligen, so wie es die Nachbarkantone auch getan haben. Nun kann das Parlament dem Regierungsrat mit der Erheblicherklärung des Postulats ein klares Zeichen senden, die Heizpilze per Notverordnung für eine begrenzte Zeitdauer zu bewilligen. Auch das BUWD soll die KMU-Freundlichkeit zur Kenntnis nehmen und sich nicht stur an den bevorstehenden Klima- und Energiebericht klammern. Jetzt geht es um die Anliegen der gebeutelten Gastrobranche und nicht um Parteipolitik. Mit der Erheblicherklärung des Postulats geben wir der Gastronomie wieder eine kleine Perspektive zurück.

Riccarda Schaller: Die GLP ist eine Wirtschaftspartei. Gerade im Gastrobereich haben wir uns während der gesamten Pandemie für unkomplizierte und umfassende Unterstützungsmassnahmen eingesetzt. Ich selber habe gestern mit meiner dringlichen Motion einen konkreten Vorschlag gemacht, mit dem alle Gastronomen mit Aussensitzplätzen ihre Türen hätten öffnen können unabhängig davon, ob sie zufälligerweise eine Jahres- oder eine saisonale Bewilligung haben. Das wäre in meinen Augen eine sinnvolle Unterstützung der Gastrobranche gewesen. Leider haben die bürgerlichen Wirtschaftsparteien die Dringlichkeit dieses pragmatischen Ansatzes grossmehrheitlich abgelehnt. Ich für meinen Teil warte auf den Entscheid des Bundesrates. Die gesetzliche Grundlage mag klar sein, aber sie ist nicht gut, wenn sie in der Umsetzung zu einer nicht nachvollziehbaren Praxis führt. Nun will Pius Müller wenige Tage vor den Eisheiligen, kurz vor dem Sommer, Heizpilze auf den Gastroterrassen zulassen. Ich frage Sie: sind es wirklich Heizpilze, die unsere Gastronomen brauchen? Die GLP muss das aus ökologischer Sicht nicht mehr kommentieren. Es ist hinlänglich bekannt, dass eine solche Massnahme ökologisch keinen Sinn macht. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Heidi Scherer: Wir haben bald Mitte Mai, der Sommer steht also vor der Tür. Die Fakten zur Beurteilung des Vorstosses sind unverändert gegenüber dem Stand vom letzten September, als der Einsatz von Heizpilzen im Freien in unserem Rat klar abgelehnt wurde. Hingegen sind in der Zwischenzeit diverse coronabedingte Unterstützungsmassnahmen für betroffene Branchen – insbesondere für behördlich geschlossene – ergriffen worden. Der Einsatz von Heizpilzen und anderen mobilen Heizgeräten mit fossilen Energiequellen im Freien ist gemäss Energiegesetz nicht erlaubt. Es macht auch wirklich keinen Sinn, hier Ausnahmen zu gewähren. In der Verordnung hat es klare Bedingungen für ganz wenige Ausnahmen. Heizpilze mit Holzpellets und natürlich auch Feuerschalen oder Schwedenkerzen sind nicht verboten und Woldecken oder Schaffelle wohl auch nicht. Als Entlastung für den Betrieb nimmt man diese am besten selbst mit und auch noch eine warme Jacke. Ein Aktivismus für eine Notverordnung für eine wohl sehr begrenzte Zeitdauer ist nicht angebracht, eben wegen der baldigen sommerlichen Temperaturen und der deutlichen Öffnungsschritte im Umgang mit der Pandemie. Das Erlauben von Heizpilzen im Freien würden ein völlig falsches Zeichen senden. Wir haben eine Sondersession Klima abgehalten. Wir haben den symbolischen Klimanotstand ausgerufen. Wir haben zahlreiche Vorstösse zum Thema Klimaschutz behandelt, und noch viele sind pendent. Gerade letzten Freitag ist die Vernehmlassungsfrist zum Planungsbericht Klima abgelaufen. Am 13. Juni 2021 stimmen wir über das CO₂-Gesetz ab. Darum ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, das Postulat abzulehnen. Das sieht der Regierungsrat so und führt nachvollziehbare Begründungen auf. Das ist auch für unsere Fraktion logisch und konsequent. Man kann sich auch fragen, ob dieses Postulat als Hartnäckigkeit oder als Zwängerei angeschaut werden kann. Wir wollen sicher nicht, dass das Energiegesetz oder die Verordnung ausgehebelt werden. Wir müssen glaubwürdig bleiben. Die Benützung von Heizpilzen in Gastrobetrieben ist weder ökologisch noch wirklich Corona-tauglich. Aufgrund dieser Ausführungen lehnt die FDP-Fraktion dieses Postulat mehrheitlich ab.

Jörg Meyer: Ich verstehe ja durchaus, dass die Gastrobranche als eine der am meisten betroffenen Branchen unzufrieden ist mit der wirtschaftlichen Bewältigung dieser Krise und mit dem Tempo, das der Kanton Luzern an den Tag gelegt hat, und natürlich verstehe ich bestens, mit welchen Unsicherheiten und Existenzängsten diese Branche in dieser Zeit konfrontiert ist. Leider ist es aber so, dass die Idee von Pius Müller keinen Sinn macht und

keine Probleme löst, sondern allenfalls sogar neue schafft. Es macht aus wirtschaftspolitischer, gesundheitspolitischer und klimapolitischer Sicht keinen Sinn. Klimapolitisch ist dieser Vorstoss sogar Unsinn. Wenn wir es mit den klimapolitischen Zielen ernst meinen – zu denen sich auch dieser Rat und unsere Regierung bekannt haben –, dann können wir nicht schon beim ersten lauen Windchen umfallen und Ausnahmen erlauben. Das würde Tür und Tor für weitere Ausnahmen öffnen. Es macht auch wirtschaftspolitisch keinen Sinn. Die günstigsten Heizpilze rangieren irgendwo zwischen 424 Franken bei der Migros und 1024 Franken beim Anbieter Gastrohandel. Für eine anständige Terrassenbeheizung brauche ich sechs Heizpilze. Wir alle wissen, wie die Margen in der Gastrobranche sind. Sie können jetzt selber ausrechnen, wie viel Umsatz man für die Anschaffung brauchen würde. Ich weiss nicht, ob es so viel mehr Gäste geben würde, dass sich das in den nächsten zwei bis vier Wochen wirtschaftlich überhaupt rechnen würde. Zum gesundheitspolitischen Aspekt: Mir graut es vor der Vorstellung eines kühlen Frühlingsabends, an denen dann der Firmen- oder Familienapéro stattfindet und alle sich um diesen Heizpilz scharen und sich gegenseitig warm anhauchen. Das schliesst dann den Kreis. Wir haben wohl versäumt, früher, zügiger und klarer wirtschaftliche Sicherheit zu geben. Das können wir jetzt aber nicht mehr mit Heizpilzen korrigieren. Die Nachbarskantone sind immer ein beliebtes Argument, vor allem wenn es einem in den Kram passt. Wenn man dann die Unterstützungsmassnahmen auch auf das Niveau gewisser Kantone angepasst hätte, dann wären die Nachbarskantone keine Referenz mehr gewesen. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Hans Lipp: Die Terrassenöffnungen sind für die Gastrobetriebe eine unbefriedigende Lösung, aber im Moment müssen wir mit dieser Situation leben. Bundesrat Alain Berset hat angekündigt, dass die Gastrobetriebe auf Ende Mai sollen wieder öffnen können. Es ist vermutlich ein Tropfen auf den heissen Stein, und die Einnahmen sind nicht riesig. Die Heizpilze sind Energieschleudern, und wenn wir uns an die Klimadebatte halten und den Auftrag, einen Planungsbericht über die kantonale Klima- und Energiepolitik zu erstellen, welcher jetzt vorliegt, dann sind Heizpilze kein taugliches Instrument. Die Restaurants sind behördlich geschlossene Betriebe, und die Einnahmen aus dem Terrassengeschäft haben keinen Abzug der Entschädigung zur Folge. Es ist also ein kleiner Zusatzverdienst mit einer sehr starken Wetterabhängigkeit. Es gibt andere und bessere Alternativen, um Gäste im Aussenbereich zu empfangen. Vermutlich wird aber das Angebot von der Kundschaft nicht gross gebraucht, wenn das Wetter nicht stimmt. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Korintha Bärtsch: Ich finde es gut, wenn ein Politiker oder eine Politikerin hartnäckig ist. Um seine Ziele zu erreichen, braucht es eine gesunde Portion Hartnäckigkeit, wenn man in der Politik vorankommen will. Aber bei der Wiederzulassung der Heizpilze sind doch Hopfen und Malz verloren. Der Regierungsrat schreibt es in seiner Antwort, und meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es bereits gesagt: Heizpilze sind grosse Energieschleudern und schlecht fürs Klima. Wir hatten gerade einen Energie- und Klimabericht in der Vernehmlassung. Die Wiedereinführung der Heizpilze ist mit diesen Klimazielen unvereinbar. Die G/JG-Fraktion lehnt darum das Postulat ab. Während der Schliessung der Restaurants konnte ich aber feststellen, dass sich auch in den kühlen Abendstunden an der Reuss, am Inseli oder am Quai ganz viele Personen verschiedensten Alters getroffen haben. Das Bedürfnis nach Austausch und das Bedürfnis, sich zu treffen, waren da. Der öffentliche Raum war voll, und die Stimmung in den Abendstunden war immer schön, auch wenn es kühl war. Die Grünen und Jungen Grünen wollen vorausschauen und haben in der Corona-Zeit gesehen, dass der öffentliche Raum sehr wichtig ist und auch in Zukunft immer wichtiger werden wird, wenn wir die Siedlungsentwicklung nach innen betreiben. Ich appelliere an Pius Müller und an den ganzen Rat, solche Treffpunkte und Austauschmöglichkeiten auch bei der Richtplanrevision im Richtplan mit einzubeziehen.

Josef Wyss: Ich werde das vorliegende Postulat ebenfalls ablehnen, da ich der Meinung bin, dass mit den kommenden zu erwartenden Öffnungsschritten und dem nahenden Sommer das Thema obsolet wird. Ich gehe weiter davon aus, dass im kommenden Herbst

das Thema von geschlossenen Gastrobetrieben ebenfalls nicht mehr aktuell sein wird. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass wir uns in diesem Rat nicht mit solchen Themen auseinandersetzen sollten. Vielmehr sollte die Verwaltung in solchen aussergewöhnlichen Situationen aussergewöhnliche Massnahmen beschliessen dürfen. In der Tat hätten diese Massnahmen in der kalten Jahreszeit der Gastronomie eine kleine Hilfestellung bieten können, wie das andere Kantone gezeigt haben. Eine Bewilligung befristet auf eine gewisse Zeit hätte das Problem wohl gelöst. Stattdessen beüben wir den ganzen Kantonsrat mit einem kaum strategischen Thema, welches auf Verwaltungsebene hätte gelöst werden können. Ob nun mit einer solchen Bewilligung die Netto-null-Klimastrategie gefährdet wird, bezweifle ich schon etwas. Wir würden ja bloss einige wenige Terrassen und nicht die ganze Stadt Luzern aufheizen.

Angela Lüthold: Nach den Voten habe ich das Gefühl, dass der Kantonsrat hier überkorrekt vorgehen will. Wie viele Vorstösse haben wir im Zusammenhang mit Corona behandelt? Alle wollten sich für die Wirtschaft einsetzen und für ihre Rettung verantwortlich sein. Seien wir doch ehrlich: Wer von Ihnen war bei diesen kühlen Temperaturen schon auf einer Terrasse und hat gefroren? Da nützen auch die Lammfelle und die Decken nichts. Man friert genau gleich. Wenn kein Ambiente auf den Terrassen ist, dann geht man am Abend auch nicht mehr essen, denn das Essen wird dann auch schnell kalt. Seien wir ehrlich: Jahrelang ist man ins Tessin gefahren und sass dort am Abend auf den Terrassen und liess sich von den elektrischen Wärmestrahlern berieseln und konnte eine schöne Atmosphäre geniessen. Jetzt will man in diesem Zusammenhang das Klima dermassen für etwas priorisieren, das vielleicht für zwei oder drei Monate relevant wäre, für etwas, das die Nachbarkantone schon gemacht haben. Das Klima macht an den Kantonsgrenzen nicht halt. Hier habe ich einige Fragezeichen. Man kann nicht Wasser predigen und Wein trinken. Ich bitte Sie, sich einen Ruck zu geben und die Gastronomen zu unterstützen. Nur weil die Heizpilze temporär bewilligt werden, können die Klimaziele genau gleich noch erreicht werden oder eben nicht erreicht werden.

Hans Stutz: Ich möchte Angela Lüthold gleich mit einer persönlichen Anekdote widersprechen: Ich war in den letzten Tagen öfters draussen auf Gastronomieterrassen. Gelegentlich habe ich vielleicht etwas gefroren, aber das war nicht schlimm. Solche Besuche sind bereits jetzt möglich, und in naher Zukunft sind die Eisheiligen vorbei, und dann wird es wohl wieder wärmer. Die Ansichten der SVP erscheinen mir wieder einmal lebensfern.

Angela Lüthold: Ich bin bei Weitem nicht lebensfremd, ich stehe mit beiden Beinen auf dem Boden. Ich sass selber gestern Abend auf einer Terrasse und stehe nach wie vor zu diesem Postulat.

Urban Frye: Ich führe ein Hotel auf Rigi-Kaltbad. Wir haben eine Terrasse. Das liegt auf 1500 Metern und ist somit kühler als hier. Wir arbeiten mit Woldecken, und es ist selbstverständlich manchmal kalt. Es käme mir aber nie in den Sinn, einen Heizpilz auf die Terrasse zu stellen. Ich verstehe aber das Grundanliegen von Pius Müller und die Frustration und Enttäuschung der Gastronomen und Hoteliers. Wir haben bis jetzt vor Corona immer den Freiheitsbegriff mit dem, was wir dürfen und was wir nicht dürfen, für die ganze Gesellschaft gleich behandelt. Mit Corona sind wir plötzlich in ein Dilemma gekommen, nämlich indem wir gesagt haben, wenn wir den einen etwas erlauben, dann müssen wir den anderen etwas verbieten, damit nicht zu viele Kontakte hergestellt werden. Wenn wir die Hallenbäder öffnen, dann müssen wir die Terrassen schliessen. Wir haben es bei den Skigebieten gesehen. Wir sind in einem Dilemma und können deshalb schlussendlich nur ungerechte Entscheide fällen. Ich habe bei der Regierung, aber auch beim Parlament das Attestieren vermisst, dass die Entscheide auch ungerecht sind. Man hat immer wieder mit wissenschaftlichen Erhebungen zu erklären versucht, warum zum Beispiel die Terrassen oder die Skigebiete geschlossen sein müssen. Ich glaube, es wäre weniger Unmut entstanden, wenn die Regierung zugegeben hätte, dass eine gewisse Ungerechtigkeit vorhanden ist. Es macht jetzt aber keinen Sinn, die Ungerechtigkeit mit Heizpilzen gerechter zu machen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich beschränke mich auf den Vorschlag des Postulats bezüglich Heizpilze und gehe nicht auf die weiteren Themen der Corona-Krise ein, die nun in der Diskussion auch aufgenommen wurden. Es ist unbestritten, dass das Gastgewerbe eine der am stärksten von der Pandemie betroffenen Branchen ist. Öffnungen sind leider noch nicht möglich. Wir sind aber zuversichtlich. Die Regierung hat sich ebenfalls dafür eingesetzt, und wir sind überzeugt, dass sehr bald die Gastrobetriebe ganz öffnen werden. Das ist sicher wichtiger als das vorliegende Postulat. Ich habe Verständnis für die Idee des Postulanten, wir haben das letzten Herbst bereits diskutiert. Wir bieten verschiedene Unterstützungen während der Pandemie an, beispielsweise die Härtefalllösung, die Ihr Rat mehrmals diskutiert hat. Die Öffnung der Terrassen führt zu keiner Kürzung der Härtefallgelder, dies ist also ein Zusatzverdienst. Ob nun ein Gastronom oder eine Gastronomin die Terrasse öffnet, wird wohl in den seltensten Fällen davon abhängen, ob man dann einen fossil betriebenen Heizpilz temporär erlauben würde. Heizpilze sind grundsätzlich erlaubt, aber nur mit Pellets. Ich habe heute Morgen einen Gasheizpilz für 199 Franken gefunden und einen Holzpelletsheizpilz für 556 Franken. Wenn man die Rechnung macht, dass man den Holzpelletsheizpilz auch in Zukunft brauchen kann, den Gasheizpilz aber nur in den nächsten Tagen oder Wochen, denn dann würde die Sonderverordnung wieder verfallen, dann würde man mit einem Holzpelletsheizpilz, der heute bereits erlaubt ist, wirtschaftlich gesehen besser fahren. Die Verwaltung hat also mit den Holzpelletsheizpilzen eine Möglichkeit aufgezeigt. Es wurde gesagt, dass mit dieser Entscheidung die Rettung des Klimas nicht beeinflusst würde. Es wäre aber ein falsches Zeichen. Ihr Rat hat den Klimanotstand beschlossen, und wir zeigen mit dem Planungsbericht Klima und Energie auf, wie wir die Klimaneutralität bis 2050 erreichen wollen. Es ist ein anspruchsvoller Weg. Es macht jetzt schlicht keinen Sinn, für einige Tage oder Wochen noch zusätzlich mit fossiler Energie betriebene Heizpilze zuzulassen, die ja dann wegen des investierten Geldes weitergebraucht werden müssen, sonst haben sie sich nicht gelohnt. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 93 zu 20 Stimmen ab.